

12. Grenzenlose Solidarität:

Asylpolitik und Integrationskonzept der BaLi

Abschaffung des Bamberger AnKER-Zentrums

Die Bamberger Linke Liste fordert die sofortige Schließung des Bamberger Ankerzentrums. Es ist bekannt, dass Geflüchtete im Bamberger Ankerzentrum unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen: Es gibt keine Privatsphäre, regelmäßige Schikanen durch den Sicherheitsdienst, rechtswidrige Sozialleistungskürzungen, eine stark eingeschränkte medizinische Versorgung, etc. Die Abgeschlossenheit der Einrichtung erschwert den Kontakt zur hiesigen Bevölkerung, ganz besonders den Kontakt von hier lebenden Menschen zu den Geflüchteten, Integration wird dadurch bewusst und gewollt verhindert. Geflüchtete im AnKER-Zentrum werden bereits räumlich vom Rest der Gesellschaft getrennt. Durch den Lager-Charakter, sowie die erzwungene Untätigkeit und Perspektivlosigkeit, als auch die fehlende Privatsphäre und gedrängte und teils schutzlose Unterbringung wird sog. "kriminelles Verhalten" bei den Bewohner*innen der Einrichtung hervorgerufen. Ungesetzliches Vorenthalten von "Taschengeld", mittels entwürdigender Regularien untergräbt zudem die menschenwürdige Selbstbestimmung. Damit fördert das Lager flüchtlingsfeindliche Vorurteile, rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung und rechtsextreme Bewegungen. Die Menschen im Lager werden durch die Geschlossenheit des Lagers nicht mehr als Individuen, sondern nur noch als Gruppe wahrgenommen. Rechtsextreme Gruppen nutzen dies, um sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Statt der Aufrechterhaltung dieses Lagers soll in Bamberg wieder vermehrt auf kleinere dezentrale Unterkünfte gesetzt werden. Die Gebäude des AnKER-Zentrums sollen in regulären Wohnraum mit erschwinglichen Preisen umgewandelt werden.

Trotz der Emotionalität dieses Themas ziehen wir keine unüberlegten oder einseitigen Schlussfolgerungen, sondern versuchen etwaige Probleme als das zu erkennen, was sie sind. In unsere Überlegungen flossen empirische Fakten, geopolitische Entwicklungen, die Gegebenheiten der Herkunftsländer, die kulturellen, persönlichen und sozioökonomischen Lebenssituation der Geflüchteten und die tatsächliche Amts- und Gesetzeslage mit ein. Darauf aufbauend haben wir Konzepte und Ideen Geflüchtete besser in die Gesellschaft zu integrieren. Wir wollen ihre Abschottung und Diskriminierung beenden, ihnen weiterführende Deutschkurse bezahlen und die Ge-

nehmung der Behörden für Arbeitserlaubnisse erleichtern, damit diese Leute ein selbstbestimmtes Leben führen können, sich integrieren und sich nicht diskriminiert fühlen müssen. Geben wir ihnen und ihren Kindern Perspektiven, so gewinnen wir wertvolle Teile der Gesellschaft hinzu, helfen uns und diesem Land und Leisten unseren Teil am Dienst an der Menschheit. Dies sind humanistische Werte und wir teilen sie!

12.1 Solidarität muss praktisch werden

Auch wenn es schwierig ist auf kommunaler Ebene die Schließung der Einrichtung voranzutreiben, so gibt es dennoch einige Möglichkeiten daran zu arbeiten und die Lebensbedingungen der Geflüchteten zu verbessern. Die Bamberger Linke Liste fordert daher:

- Eine Positionierung der Stadt Bamberg gegen eine Lagerunterbringung und eine öffentliche Kritik an den Lebensumständen in dem Lager. Die Stadt Bamberg schweigt dazu und toleriert und fördert die menschenfeindliche Politik der Landesregierung
- Kindern im Lager den Besuch einer Regelschule zu ermöglichen, ohne dass dies durchgeklagt werden muss!
- Die Aufhebung der rechtswidrigen Praxen durch das Bamberger Sozialamt (z.B. "Taschengeld"entzug) und eine positive Auslegung der Weisungen zugunsten der Geflüchteten.
- Eine bessere Informationspolitik von Seiten der Stadt an die Bevölkerung was das AnKER-Lager angeht.
- Keine Beschränkungen im Zugang zur Gesundheitsversorgung durch das Sozialamt

- Die Einführung einer Rechtsberatungsstelle für Geflüchtete, damit diese auch ihre Rechte wahrnehmen und durchsetzen können.
- Eine bessere Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen, die in der Geflüchtetenhilfe zuständig sind.
- Die Stadt Bamberg muss selbstständig Integrationsaufgaben wahrnehmen, trotz fehlender Zuständigkeit. Ausreichende Integrationsmaßnahmen von Seiten der Bundesregierung sind nicht zu erwarten. Die Asylsuchenden sind ein Teil der Bamberger Bevölkerung, egal, welchen Aufenthaltsstatus diese haben.
- kein segregierender Bus-Shuttle für Bewohner*innen des AnKER-Zentrums
- Den Spielraum der Zentralen Ausländerbehörden zugunsten der Geflüchteten nutzen, wie das Genehmigen von Arbeits- und Ausbildungserlaubnissen. Wir fordern eine Verlagerung der Kompetenzen überregionaler Ausländerbehörden zu den kommunalen Ämtern. Die Stadtgemeinschaft ist für die Integration zuständig, deshalb müssen die Kompetenzen auch in ihrer Hand liegen.
- Die Finanzierung etwaiger dritter Deutschkurse und die besondere Förderung von Frauen.